

Deutschland.

Deutschland.

Breslau, 23. Febr. Zu der neulich beschriebenen politischen Briefen der „Ober-Rheinischen Zeitung“ bilden die letzten Nummern der „Angsburger Allgemeinen“ in untrüglicher Fortschritt. Der Hsß gegen Preußen ist es, welcher den politischen Briefsteller und die „Angsburger“ zu einer constant cordialis vereinigt. Im auf Preußen den Schein eines unheimlichen und hinterhältigen Versüchens zu werfen, scheint sich die „Allg. A. Z.“ nicht, ohne Reicht der elendesten Erfindungen in die Welt zu schälen. Wie wollen zum Beispiel dessen Worte nur auf die Transmitter Flotten- u. Correspondenz vom 16. Februar hinweisen, welche sich in der Beilage zu Nummer 51 findet. Nach derselben „trüge allen Preußen die Schuld“, daß der Reichsflotten-Breslau nicht zu Stande gekommen. Brecht wüßte die zu demselben gehörigen Staaten — so behauptet jene Correspondenz — nach dem gewies, daß sie vorlägen, indem die nöthige Unterhaltungsumme gestrichen worden — das im letzten Augenblicke habe Preußen seinen Beitritt zu dem gedachten Breiten erklärt, obwohl es früher, so lange keine Aussicht auf das Gelingen war, das vollständige Flottencontingent gemocht habe. Durch dieser Versehen sei es möglich von einem mit Herrschaft vorauszusetzen Plane abgesehen und sogar nicht die Absicht, die Reichsflotte beizubehalten zu leben, sondern nur noch neue Verwickelungen herbeizuführen. Im zweiten Absatze wird behauptet, wolle es jetzt nur das Reichsflottencontingent und die abstrakte Flotte. — Wer auch nur oberflächlich mit dem vorliegenden Sachverhalte bekannt, muß in der That die Unerschlichkeit staunen, mit welcher diese Verleumdung von Erfindungen angelegt ist. Den allen darin

— Die neueste Nummer des „*Ministerialblattes*“ für die gesammte innere Verwaltung“ (Nr. 1) enthält unter andern folgende Verfügungen: 1) Vom 17. October des. J. Die Umpfandung einer Pörfgeimnde von einer Parodie in eine andere kann von den Verwaltungsbeförden unter Zuziehung der geistlichen Obern erfolgen, ohne daf der betreffenden Gemeinde ein Widerspruch entgegen gesetzt. Nur Mutterkirchen können gegen die Abweichung der Kirchtestirke ein solches Widerspruch geltend machen. 2) Vom 2. Januar. Schulanfänger-Platzanten, welche Annahme in ein Schulanfänger-Seminar bei der Prüfung noch nicht für reif gefunden werden find, dürfen vor Ablauf eines halben Jahr auch von einem andern Seminar aufgenommen werden. 3) Vom 3. Januar. Bei dem Gsang-Unterricht in den Schulanfänger-Seminaren sollen nur solche Gsangstücke ausgemittelt werden, welche geeignet sind, den Sinn für ernste, religiöse Musik und für den völkischen Zusammenhalt zu erwecken. 4) Vom 22. Januar. Activer Militairpersonen des Soldatenstandes find von den directen Communalsteuer befreit und nur dann beitragspflichtig, wenn sie Grundstücke erworben oder ein mit dem Militairverhältnis in keinem Zusammenhang stehendes Gewerbe betreiben. 5) Vom 5. Februar. Die Genehmigung zur Errichtung von Aufseher-Vertragsstellen soll künftig nur dann ertheilt werden, wenn durch zuverlässige sachverständige Prüfung festgestellt ist, daf das projectirte Institut für die Dauer im Stande sein werde, den Abnehmenden die in den Statuten verordneten Beiträge zu gemäßen; dies ist in der Regel nur dann anzuwenden, wenn sehr beträchtliche in bestimmten Perioden gefordert, nicht aber dann, wenn bei jedem Aufseherfall, also in ununterbrechbarer Folge Beiträge von den Interessenten eingezogen werden. 6) Vom 9. Februar. In den kleinsten Städten müssen die Funktionen des Polizei-Anwalts von den Bürgermeistern wahrgenommen und die Kosten der Anwaltschaft als eines Gemeinbild getragen werden. 7) Vom 22. Januar. Ansprüche eines Vaters auf Herausgabe seiner im großväterlichen Hause gefessenen Kinder müssen vor Gericht verfolgt werden; die Polizeibehörde ist nicht befugt, dem Großvater zur zwangsweisen Herausgabe anzuhalten.

— Nach der neuesten Nummer des „*Central-Blattes*“ der Abgaben-, Gewerbe- und Handels-Verwaltung der Verwaltung werden im Jahr 1852 vom Staate 1698 Meilen Chausse unterhalten, davon in den Regierungen: bezeugen: 1) Königsberg 66,6 M. 2) Sammlingen 47,7 M. 3) Danzig 44,2 M. 4) Marienwerder 35,4 M. 5) Posen 44,2 M. 6) Bromberg 37,4 M. 7) Stettin 61,4 M. 8) Stettin 66,4 M. 9) Stralsund 19,3 M. 10) Breslau 89,4 M. 11) Pommern 116,2 M. 12) Posen 32,8 M. 13) Berlin 41,4 M. 14) Potsdam 123,9 M. 15) Frankfurt 57,6 M. 16) Magdeburg 80,9 M. 17) Merseburg 104,5 M. 18) Erfurt 49 M. 19) Münster 53,2 M. 20) Minden 59,4 M. 21) Braunschweig 157,9 M. 22) Koblenz 70,4 M. 23) Düsseldorf 101,8 M. 24) Köln 35,1 M. 25) Arier 64,1 M. und 26) Aachen 29,7 M. Meilen. Die Summe der Meilen hat sich gegen das Jahr 1851 um 24,7 Meilen vermehrt.

Erste Kammer.

hat der abg. K. ohne geglaubt, daß man auch die Stadt-Verfassungen von 1808 so nicht hätte wegwischen sollen. Der rechte Weg wäre gewesen, auch diese Verfassungen als bestehendes Recht zu betrachten und die städtische Verwaltung nach dem Stande von 1808

[illegible]

Regierung Commiffar v. Klopow. Die Regierung ist vollkommen berechtigt und verpflichtet gemeinlich, die alten Stadtbehörden über den Werth der früheren „Stadtverfassungen“ zu hören. So viel werden wir jedenfalls aus der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 gelernt haben, daß bei Einführung von Gemeinde-Verfassungen man nicht übereilt, sondern wohl überlegt handeln muß.

Abg. v. Meding als Berichterstatter zum Schluß die Bemerkungen des Abg. Kühne, Der Redner ist für Vorbehalt des Beschlusses über den zweiten Theil des § 1.

[illegible][illegible]

Wann ich mich hierbei eines Vergleiches bedienen darf, so möchte ich diesen gebrauchen, daß wenn ein Vater das Vermögen seines Sohnes im Wege des gegenseitigen Vertrauens verwaltet, er gewissermaßen Rückstellungen nehmen wird, als wenn dies auf dem Wege eines Vertrages geschehen ist. Es ist gesagt worden, man solle die Einkünfte der Ehegatten der Ehefrau zufließen lassen. Ich bin der Meinung, daß man nicht eher diese Einkünfte

unterhalt des Ober-Kirchenraths verwenden, aber diese Einnahmen sind zum Theil verfallen, zum Theil sind Ausgaben daraus vorhanden. Als ich den Betrag für den Ober-Kirchenrath an das Budget brachte, glaubte ich, daß er ohne alle Debatte an-

genommen werden würde, weil ich von dem Geschäftspunkte ausging, daß der Reichstagsplatz ausnehmend fehrhö. Meine Hoffnung ist nun zwar nicht in Erfüllung gegangen, aber ich habe doch gewußt, daß die Sache nicht ohne Erfolg bleiben würde. Der Debitort mußten werden. Man will ich übertrag haben, daß die Regierung in ihrem Vertheil gemein ist. Wir ist zwar der Vertheil gleichmäßig worden, ich solle mich auf dem Standpunkt der Indignität setzen; aber m. G. in Straßen kann kein Hinderniß zugleich fassliche und vortheilhafte Kautelen haben (Brue) werden, sind aber heftigsten; man kann damit nicht zufrieden sein. Ich bin gewiß, daß man nicht ohne Vertheilung verfahren lassen. Der heftigsten Kautelen Mangel ist, daß die Vertheilung im Gemeinwesen nicht erkannt worden ist, seit dem Vertheil der Dulle de salute aneinander alles ist die fassliche

Thier geſehen, was in ſeiner Stadt ſchweben; der Papſt er
 ſah dieſelbſt an. Der Wunſch verließ den betrieffenden Künig
 nicht in dem Augenblicke, als er ſich zu ſehen verſchieden
 ſah. In ſeiner Wäſche ſah man, wie groß der Schmerz
 müßte, daß der evangeliſchen Kirche ein ſolches Bild, wie
 ſchmerzhaft geſehen. Der Wunſch der Königin habe großartig
 mit der Errichtung eines Ober-Königreichs der evangeliſchen
 Kirche die geiſtliche Welt zu ſehen; ſehen Sie alle
 Könige, was ſich in der evangeliſchen Kirche und deren
 Schickſal, was ſich in der Kirche zu ſehen. Sie ſah den Staat
 und erwarb die ſchönſte Anſicht.

Es folgt eine Reihe von perſönlichen Bemerkungen.
 Abg. Graf v. Arnim. Der Abg. v. Binde hat die Beden-
 kenen angeſprochen und behauptet, daß auch ich den meinigen
 einen ähnlichen Augen ſie. R. G. G. habe ſie ſich
 ſehen. Ich habe ſie ſich ſehen. Ich habe ſie ſich ſehen.
 Thier. Auch will ich ſie ſehen, daß dieſe Bedenken
 ſehen. Ich habe ſie ſehen. Ich habe ſie ſehen. Ich habe ſie ſehen.
 R. G. G. hat die Bedenken ſehen. Ich habe ſie ſehen.
 Wunſch. Ich habe ſie ſehen. Ich habe ſie ſehen. Ich habe ſie ſehen.
 Wunſch. Ich habe ſie ſehen. Ich habe ſie ſehen. Ich habe ſie ſehen.
 Präſident. Und ich erkläre, daß Sie gar kein Recht ha-
 ben, eine ſolche Erklärung zu thun. (Bravo.)

enthaltenden Behauptungen ist nur die eine wahr, daß Preußen seinen Beitritt zum Nordseeflotten-Berein zugesagt hat. Unwahr aber ist es, daß Preußen von dem mit Oesterreich verabredeten dreitheiligen Flottenproject vollständig abgeprungen sei. Es ist vielmehr in der Bundesversammlung vom 6. September v. J. der beschlossene

Antrag Preussens und Oesterreichs durch Beschluß abgelehnt worden. Wer die Schuld der Ablehnung trägt, wollen wir hier nicht weiter untersuchen. Man einen

[illegible]

zu treten ist." Aber um die Erfüllung dieser Bedingungung zu ermöglichen, hat Brausen seinen Eintritt zu seinem Verwalter angethan. Und hat damit gerade ein vollständiges Zeugniß seiner Verwilligung abgelegt, die Wohnung für den bedürftigen Stutzer, so viel an ihm ist, zur Verwilligung zu bringen. Dies ist also — so weit das Verhältniß — von demselben freudig anerkannt und nur bedauerlich, wenn es nicht früher anerkannt und so früher einer günstigen Ansicht gefaßt habe. Gernach klebt es nicht ohne Zweifel, zu ersehen, was eigentlich der Wortlaut trifft, und was die Verhältnisse herbeiführen zu haben.

— Endlich haben in der Ersten Kammer die Bewilligungen über die Gemeinde-Ordnung, obgleich von einer Art nach den Kräften aufgestellt, mit einer Reihe von den Regierung günstigen Abstimmungen begonnen. Und die Beschlüsse nach den Kräfte sogar einen schuldigen Versuch, durch Verlassen der Saale einen Eindruck hervorzubringen. Obenbemerkt legen wir also auf die an der Regierung, Kom. mit schmerzlicher Majorität beschließen.

— Die Eisenindustrie in Deutschland ist gegen die in England und Schottland an Ausdehnung und Ausbildung bedeutend zurückgeblieben, namentlich in Folge sehr verschiedener natürlicher Verhältnisse dieser Länder und des künftigen Vorkommens der Eisenerz- und Steinkohlen-Lager. — Nach Berichten über neue

umfassende bergmännische Aufschlüsse in einem Theile
Weichpolsen in der Gegend von Goerze, sechs Dutzend
haben sich dort, wie in Schwandau, große Kissen-Lager
in der unmittelbaren Nähe der Steinkohlen gefunden,
deren Reichthalsigkeit und leichte Gewinnung eine sehr bil-
lige Production von Hoefisen versprechen. Die Besitzer
dieser neuen Lagerstätten sollen die Verminderung des
Schwefels wünschen, um die innere Konkurrenz zu
beschleunigen, die nach allen Berichten aus den Ofen pro-

daß sie die Fabrikationspreise bis zu einem Minimumumfange zu
herabdrücken und die Industrie in sich zerstören würden.
Die Eigentümer eines renommierten Puddlings- und
Walzwerks haben vor einigen Tagen die Allerhöchste
Sanction zur Bildung einer autonomen Gesellschaft unter
dem Namen „Geordet Bergwerks- und Hütten- Verein“
erhalten.

— [Zweite Kammer.] Die Finanz-Commission.

der 2. Kammer hat gestern beschlossen, die Geseg-Entwürfe wegen Tilgung der Staats-Anleihen von 1841 und 1850 und über Ermäßigung des Durchgangszoll für Zink zur Annahme zu empfehlen.

zusuführen.“ Diese Mahnung war notwendig, denn Herr Verbrüderlicher Müller hatte unterdessen ein anderes Geschäft zu beorgen. Er entsandte eine vermögliche Waidenflechterin deren geistlicher Besland er war, um sie ihrem Verloirten zu entziehen und späterhin wo möglich einem feinen Ebnne als Braut an die Hand zu stellen. Die Mahnung hatte zur Folge, daß Müller im Laufe des Sommers sich wieder nach Luzern verfügte. Das er aber dafelbst nicht als nirgend gelangt.

Die Semmer-Eröffnung der Bundes-Verammlung vom 1851 ging vorüber, ohne daß die Anträgebittung zur Erreichung, ohne daß von dem Bundes-Rath Bericht verlangt wurde über die Vollziehung des Decrets zur Jahresfrist in dieser Angelegenheit; und die Semmer-Eröffnung wurde in gleicher Weise verstrichen, wenn nicht ein conservativer Deputierter aus dem Urannen, St. Kaiser, im Ständekammer eine bequäliche Annäherung und den Antrag gestellt hätte, daß Zugern eine bestimmte Frist bis Februar gestellt werde, um den Schlußbericht einzulegen. Dieser Antrag wurde jedoch nicht beliebt; dagegen erhielt die sehr unheimliche Worten des Hrn. Bundes-Rath Wangeringer das Recht, das lauten: „der Bundes-Rath ersucht einladen, für möglichst halbtägige Vollziehung des Tagungsbeschlusses in allen Theilen sorgen zu wollen.“ Diesem Beschlusse des Ständekammer erhielt die National- Rath am 23. December 1851 seine erste Zustimmung. Ob nun die Einführung von 1851 den besten Erfolg haben werde, als diejenige von 1850, das wollen wir einfinden gewärtigen.

Sie sehen also hier die bereits vierjährige Verschleppung eines politischen Processes, der noch dazu (wie mit ein Leichtsinn wäre, Ihnen zu beweisen) formell und materiell unrichtig ist. Unterdessen essen die Haupt-Angeklagten das Brod der Verarmung. Das ist es nun eben, was man will. Man fürchtet den politischen Eifer dieser Männer in ihren Heimatcantonen und läßt, damit sie von denselben nicht leben, daß Demostheenschwert einer unbesessenen Lust über ihren Häuptern hängen.

Mar, 30. Jan. In einer der letzten

Erzählungen unserer nun entlassenen Bundesversammlung im Obengau für Sprache genommen, der als gewichtigste Beitrag zur Charakteristik des Schweizerischen Nationalismus verbleibt, auch in weiteren Kreisen bekannt und nützlich zu werden. Wir meinen nämlich: den geistlichen Mitglieder des ehemaligen Kriegsraths des sogenannten Sonderbundes angehörenden Herrscherraths-Präsidenten. Abgesehen von der Frage der formellen und materiellen Berechtigung dieses Projektes, die ich vielleicht einmal andersmal zu behandeln mit vorbehalte, ist für dessen blühenderer Gehalt merkwürdig, insofern es das ich mich nicht enthalten kann, Ihnen, Verfassung Ihrer nordöstlichen Väter, folgende Gründe aus sehr guter Quelle geschöpfte Darlegung dieser zur Aufnahme in Ihre Spalten zu empfehlen, um, wie sehr, da diese Sache denn doch endlich zu einem festschließenden Resultat zu kommen, und in der nächsten Versammlung des National- und Eidgenössischen erneuerte und ernstlichen Debatten hervorgerufen wird.

Nach dem billigenfallsigen Ausgange des gegen die 7 kühnsten satzpolischen Cantone gerichteten Krieges wurde erst in Rußland anwendend ebenfalligen Rücktritts von einem Antritte auf den kaiserlichen Staatsrat folgende Denunciations gemacht. Derselbe wird nämlich: 1) daß Rußland vor, darauf, wie er behauptet, ein- von der geordneten Absicht eines der Kriegsgüter der 10 Cantone an die Gefährdung des Österreichs erlangenden Schutzes enthalten sein soll, in welchem diese 10 von bewaffneter Intervention angegangen werde. 2) Rußland wurde sofort außerordentlich wichtig gemacht; 3) Inhalt der Denunciations wendete gleich in anstehenden Blätter, wobei man sich sorgfältig anlegen ließ, die 10 zu vermeindlichen, daß das Ganze vor der Hand die Rußland Denunciations sei, und sich abendete, als wäre es eine Denunciations.

folgt der Tagessatzungs-Beschluß vom 4. Febr. 1848, durch welchen der Stand Luzern eingeladen war eine gerichtliche Untersuchung gegen die Mi-

glieber des ehemaligen Sonderbunds Kriegsglieder einzuleiten. Die Regierung zugern, bekanntlich gegen denjenigen Freiburg's durch eine aus ein paar Hundert klugen radikalen Edel-Idioten unter dem Schutze der einflussreichen Deputirten improvisirte sogenannte Volkswarnehmung auf den Thron gehoben, in Rücksicht auf die herbe Tagelohnsgehaltsnahme, crachte den in der Kargauer-Geschichte von 1835 und 1841 kürzlichstigen Mörder von Buri (Canton Kargau), das Amt der Unterthanen's Nichts anzuwenden. Dieser (sonst am 22. Juni 1848 die Erklärung der Annahme dieser Stelle ein. Er verfügte sich nach Zugun und an dieselbe gerichtliche Verhandlung an den ehemaligen Sonderbündischen Kriegsraths-Mitglieder, so wie ein Civilsituation an die landesobersten Herrn Siegmund von Meier, welche das Datum des 2ten Novembers 1848 trägt. Die Mitglieder der Cantone Bern und Zug stellten sich zur Einvernahme ein; die Angeklagten und den 3 Urtheilenden verurtheilten sich zu erheben, und den

von der Regierung Bayern's an diese Städte gefell
Auslieferungsgelagerten nach einrichten abgibt. Die
Wichtig und Wichtig, zuerst in Frankreich flüchtig, stellt
sich indes zur Einsichtnahme. Die sich Entlegenden
von mehrfacherlei Weise sehr milde behandelt, auf freie
Fuß belassen und bald darauf nach Hause entlassen, während
andern die Zeugnisse in Verhaft gefügt wurden. Von
den 3 Secretarien des Kriegesministeriums wurde: nämlich die
Staatssekretär Meier allein in Anlagengeldhaft verlegt, wäh-
rend die beiden andern, Vinzenz Fischer und Götz Weber, a
Zeugen vor die Schranken geführt wurden. Mit der
Vorvernehmung erfolgte auch deren Verhaftung, welche
volle Wochen dauerte und von demjenigen eines Gnad
verhört sich in nicht unrichtig.

hitzig Auslieferung übergeben an die Regierungen vermisst. Staaten gelangen zu lassen, in welchen die beiden schädlichen Angelegenheiten, Sigwart Müller und Meier, fluchtlos aufhielten. Verdrüssiger Müller versuchte aber desselben andern Weg. Er ließ durch Vermittelung von Bundesraths ein Requisitionsschreiben an das Statgericht von München ergoßen, den dort angestellten ehemaligen Staats Rath Blumstift über gewisse von Müller angebrachte Fragen einzubewahren, die in Kürze als dahin ausliefen, welcher Privat-Geheißliche mit Blumstift während seiner Anwesenheit als Tagelohnungs-Gesandter in Zürich geschienen habe. Müller gelangte bei seinen Versuchen ein Verbrechen zur Stelle zu schaffen, zu seinem Verfallste. Dagegen verließ unzufrieden und unruhig am 11. November 1848 Bern, und trat von da an 860 auf die allermeiste Zeit nicht mehr, wenigstens nicht dauernd, in Function. Auf der Secretair des Verber-Anst fand er sich besser, für die Stelle nachzugehen, so daß das ganze Verber-Anst durch die Tagelohnungs-Anstellungen, mit ungeschwundenen von der radicalen Presse angeführten Föderation-Prozesse in einem abwechselnden, unstillbaren Verber-Anst

Unterrn 9. Februar 1849 stellte die Regierung der
gers an den Bundesrath das Verlangen, dem Aus-
lieferungsgesetzen bei den drei kaiserlichen Hauptstäd-
verschaffen. Sie blieb ohne Antwort. Am 3. September
desselben Jahres erneuerte sie das gleiche Ansuchen.
Die Antwort des Bundesrathes erfolgte erst am 6. Janu-
1850, also nach vollen 11 Monaten, und ging dahin:
„er müsse das Verlangen um Dürcheinführung ablehnen
lassen, den Proceß auf dem Wege des Contumacia-
Verfahrens seiner Erledigung entgegenzuführen. Nachdem
nun durch das kaiserliche Abgemaß das Bundesrats-
den Proceß 11 Monate hinausgezogen worden, ist die
Unmöglichkeit des Durchführens des Uebere, um den

Bezugnahme zugunsten an den angestrichenen Verordnungs-
sine Funktionen wieder anzuordnen. Deshalb blieb jedoch
stumm und kam nicht. Erst auf das letzte Schicksal
erklärte Müller in seiner Antwort vom 15. Juni 1950
er werde sich anlegen sein lassen, nach Zugunsten zu sein,
um, um die erforderlichen Einleitungen zum Zweck der
Continental. Verfahren zu treffen. Allein es ge-
schah nichts, und Müller erwidert nicht. Bergheim
schenkte öffentliche Blätter des In- und Auslands
auf den Stempel dieser Zufußschleierung aufzucken
und verlangen von dem Bundesrat Abschlüsse. Der Bun-
desrat in seiner olympischen Gasse sah, lebte und that
nichts. Endlich stellte ein Ehrenmann in der National-
Versammlung, Herr Gampert aus Bünden, sein Verbot
auf Erhebung des Preßpost, in Folge welcher ein
Schluß der Bundesversammlung vom 20. Juli 1850 da-
hin erfolgte: „dem Bundesrat einzubringen, dafür zu for-
gen, daß die gegen die Bundesverordnungs Beschlüssen
angeordnete Unterfuchung allezeit wieder aufgenommen
eine Unterfuchung fortgesetzt und mit möglicher Fort-
förderung zu Ende gebracht werde.“

viele veranlaßte dieselbe, nochmals an Oberbürger-
 Meißler sich zu wenden, um ihn zu ersuchen, für die
 Functionen als Verordneter wieder aufzutreten. Als die-
 sesen Wochen lang blieb sie auch jetzt wieder ohne
 Antwort. Sie machte nochmals, Obdillig ersuchen dem
 Verstehe und erließ Obdill. Citationen an die Ange-
 klagten und den Ganten Urt. Schwab und Unterwalden.
 Begleitet geschah noch im Jahr 1850. Im darauf fol-
 genden Jahr 1851 blieb die Angelegenheit wieder im
 Sande stecken. Wir finden in den Blättern das Datum
 d. 3. Juli 1851, an welchem Tag die Justizcommission
 von Zugern einen Erlass erließ: „es sei der Verord-
 nungsrath Meißler als Urtheil aufzufordern, einen Bericht
 über den Verlauf der freigenommenen Untersuchung abzugeben
 und überhaupt diese Angelegenheit einmal ihrer Urtheilung
 zu überlassen.“

Verhörs-Richter Müller hatte unterdessen ein anderes Geschäft zu besorgen. Er entfiel eine vermögliche Waisenfürsorge deren geistlicher Beistand er war, um sie ihrem Verlorenen zu entziehen und späterhin wo möglich einem feinen Eöhne als Braut an die Hand zu stellen. Die Nahrung hatte zur Folge, daß Müller im Laufe des Sommers sich wieder nach Luzern verfügte. Was er ebenfalls that, ist nirgends erzählt.

Die Semmer-Eröffnung der Bundes-Verammlung vom 1851 ging vorüber, ohne daß die Anträge durch je einen Mann, ohne daß von dem Bundes-Rath Briefe verlangt worden über die Vollziehung des Decrets zur Jahresfrist in dieser Sache anstellten Aufträge; und die Semmer-Eröffnung wurde in gleicher Weise verstrichen, wenn nicht ein conservativer Deputierter aus dem Urannen, Fr. Kaiser, im Ständekammer eine bequäliche Annäherung und den Antrag gestellt hätte, daß Zugern eine bestimmte Frist bis Februar gestellt werde, um den Schlußbericht einzulegen. Dieser Antrag wurde jedoch nicht beliebt; dagegen erhielt die sehr unheimliche Worten des Hrn. Bundes-Rath Wangeringer das Recht, das lauten: „der Bundes-Rath ersucht einzuholen, für möglichst halbtägige Vollziehung des Auftrages beizustehen in allen Theilen sorgen zu wollen.“ Diesem Beschlusse des Ständekammer erhielt die National-Assem. am 23. December 1851 die erste Zustimmung. Ob nun die Ausführung von 1851 den besten Erfolg haben werde, als diejenige von 1850, das wollen wir einfinden gewärtigen.

Sie sehen also hier die bereits vierjährige Verschöpfung eines politischen Processes, der noch dazu (wie mit ein Leichter wäre, Ihnen zu beweisen) formell und materiell unterrecht ist. Unterdessen essen die Haupt-Angeklagten das Brod der Verdamnung. Das ist es nun eben, was man will! Man fürchtet den politischen Einfluß dieser Männer in ihren Heimatcantonen und läßt, damit sie nicht verfehlend fern bleiben, das Demoselischgewetz von unbewiesenen Tathat über ihren Häuptern hängen.

und Verlag von A. G. Franke in Berlin, Preussische Str. 5.